

Landes-Arbeitsgemeinschaft
der freien Wohlfahrtsverbände
Schleswig-Holstein e.V.

Schleswig-Holsteinische Allianz für die Krankenhäuser

-

Gemeinsame Erklärung zur Finanzierung der Krankenhäuser

Die wirtschaftliche Situation von schleswig-holsteinischen Krankenhäusern ist höchst problematisch. Ein immer größer werdender Teil der Krankenhäuser schreibt rote Zahlen. Mehr als 30 Prozent mussten bereits im Geschäftsjahr 2011 Verluste hinnehmen. Im Jahr 2013 wird die Lage noch schwieriger.

Der Grund für diese Misere ist, dass die zu niedrigen Vergütungen für Krankenhausleistungen es einem „durchschnittlichen“ Krankenhaus nicht mehr ermöglichen, seine Kosten zu decken. Die Tarifschere geht Jahr für Jahr immer weiter auseinander.

Damit wird die Sicherstellung einer (bislang) qualitativ hochwertigen, vollstationären Patientenversorgung aufgrund der zunehmenden Unterfinanzierung für die schleswig-holsteinischen Krankenhäuser extrem schwierig.

Der daraus resultierende immer größer werdende wirtschaftliche Druck belastet sowohl die Beschäftigten als auch die Patienten.

Auch die neuen Regeln des am 01.08.2012 in Kraft getretenen Psychiatrie-Entgeltgesetz (PsychEntgG) sind mehr als unzureichend, um den Missstand zu beenden. Die angeblichen Hilfen sind halbherzig und inkonsequent.

Notwendig ist eine echte Reform der Krankenhausfinanzierung, so wie sie im Jahr 2009 mit dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) versprochen, aber nicht umgesetzt wurde.

Ziele einer Neuregelung müssen sein

- Beseitigung von Ungerechtigkeiten und Fehlanreizen im Vergütungssystem
- Angemessene Finanzierung der Personal- und Sachkosten

Der im Bundesrat am 12. Oktober 2012 angenommene Entschließungsantrag des Landes Bayern (BR-Drucksache 432/12) konkretisiert diese Kernpunkte des Handlungsbedarfs. Die Bundesregierung ist daher unmittelbar aufzufordern, anhand eines konkret laufenden Gesetzgebungsverfahrens entsprechend tätig zu werden.

Die Kernforderungen lauten:

- Die Kollektivhaftung aller Krankenhäuser muss endlich aufgehoben werden. Es ist nicht systemgerecht, wenn für alle Krankenhäuser in einem Bundesland die Vergütung abgesenkt wird, wenn nur ein Teil der Krankenhäuser tatsächlich Mehrleistungen erbringt. Im vertragsärztlichen Bereich wurde dieser sogenannte „Hamsterradeffekt“ – aus guten Gründen – schon vor längerer Zeit abgeschafft.
- Die Verschärfung der „doppelten Degression“ ist zu stoppen. Derzeit wird zusätzlich zur Preissenkung auf Landesebene ein zweites (und ein drittes) Mal ein Rabatt von den einzelnen Krankenhäusern (in den Jahren 2013 und 2014) gefordert, wenn diese zusätzliche Leistungen erbringen.
- Ein bedarfsnotwendiges und wirtschaftliches Krankenhaus muss über den geltenden Behandlungspreis (Landesbasisfallwert) ausreichend finanziert werden können. Das bedeutet, dass die tatsächlichen Personal- und Sachkostensteigerungen bei der Krankenhausvergütung berücksichtigt werden müssen. Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass die Erlöse der Krankenhäuser stets hinter der allgemeinen Kostenentwicklung zurückbleiben.
- Grundlage zur Berücksichtigung der allgemeinen Personal- und Sachkostenentwicklung sollte der vom statistischen Bundesamt ermittelte Kostenorientierungswert sein.
- Dieser Orientierungswert muss voll zur Geltung kommen und darf nicht – wie mit dem PsychEntgG vorgeschrieben – nur zu einem Bruchteil ausgeschöpft werden.

Über allem steht die Kernforderung:

Von der Politik muss endlich die enorme Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser und insbesondere der hoch qualifizierten Beschäftigten anerkannt und angemessen gewürdigt werden.

Die wirtschaftliche Stabilität der Krankenhäuser und davon abhängig die medizinisch/pflegerische Leistungsfähigkeit sowie motivierende Arbeitsbedingungen sind ohne ein beherztes Eingreifen der Politik in Gefahr.

Die Krankenhäuser benötigen sofort Hilfe, um die hochwertige Versorgung ihrer Patienten aufrechtzuerhalten und ihren Mitarbeitern befriedigende Arbeitsbedingungen bieten zu können.

Mit der Entschließung des Bundesrates vom 12. Oktober 2012 muss dieses Thema ganz oben auf der politischen Agenda stehen.

Wir erwarten, dass alle Politiker in Bund und Ländern sich dieses Problems jetzt in verantwortungsvoller Weise annehmen und den Inhalt des Antrags schnellstmöglich in einem Gesetzesvorhaben auf den Weg bringen. Die Krankenhäuser und ihre Mitarbeiter werden im bevorstehenden Wahljahr kein Verständnis dafür zeigen, wenn sie erneut vertröstet werden und sich die Situation in den Kliniken weiter zuspitzt.

Koordinierend für die gemeinsame Erklärung

Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein e.V. (KGSH)

Feldstraße 75, 24105 Kiel

Geschäftsführer Bernd Krämer

Telefon 0431 88 105 10

E-Mail gf@kgsh.de



Kontaktadressen der unterstützenden Verbände

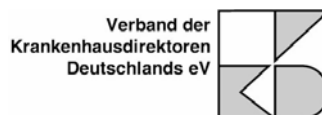
Verband der Krankenhausdirektoren e.V. Landesgruppe Nord

Moonstraße 20, 24960 Glücksburg

Hans-Martin Kuhlmann

Telefon 04631 1556

E-Mail hans-martin.kuhlmann@t-online.de



Landeskrankenhauskonferenz Schleswig-Holstein

Moonstraße 20, 24960 Glücksburg

Hans-Martin Kuhlmann

Telefon 04631 1556

E-Mail hans-martin.kuhlmann@t-online.de



„Über das Leben im Krankenhaus – gerecht geht anders“

c/o Betriebsrat WKK

Esmarchstraße 50, 25746 Heide

Matthias Stecher

Telefon 0481 785 1190

E-Mail mstecher@wkk-hei.de



Caritasverband für Schleswig-Holstein e.V.

Krusenrotter Weg 37, 24113 Kiel

Landescaritasdirektorin Angelika Berger

Telefon 0431 5902 22

E-Mail berger@caritas-sh.de



Diakonisches Werk Schleswig-Holstein

Kanalufer 48, 24768 Rendsburg

Landespastorin Petra Thobaben

Telefon 04331 593 111

E-Mail landespastorin@diakonie-sh.de



Bundesverband Pflegemanagement e.V.
Landesgruppe Schleswig-Holstein
Friesenstraße 11, 24534 Neumünster

Vorsitzender Christian de la Chaux
Telefon 04321 405 3001
E-Mail Christian.delachaux@fek.de



Verband der Privatkliniken
in Schleswig-Holstein e.V.
Feldstraße 75, 24105 Kiel

Vorsitzender Dr. med. Phillip Lubinus
Telefon 0431 388 205
E-Mail ph.lubinus@lubinus-klinik.de



Kommunaler Arbeitgeberverband
Schleswig-Holstein
Reventlouallee 6, 24105 Kiel

Verbandsgeschäftsführer Wilfried Kley
Telefon 0431 579 22 11
E-Mail wilfried.kley@kavsh.de



ver.di Landesbezirk Nord
Hüxstraße 1 – 9, 23552 Lübeck

Steffen Kühhirt (LFB 3)
Telefon 0451 81 00 801
E-Mail steffen.kuehirt@verdi.de



Pflegerat Schleswig-Holstein
Daldorfer Straße 2, 24635 Rickling

Vorsitzender Frank Vilsmeier
Telefon 04328 18 728
E-Mail vilsmeier.frank@psychiatrischeszentrum.de



Deutsches Rotes Kreuz
Schwwesternschaft Hamburg e.V.
Max-Brauer-Allee 133, 22765 Hamburg

Vorsitzende Oberin Marion Harnisch
Telefon 040 819 007 0
E-Mail swh@schwwesternschaft-hamburg.drk.de



Ärztammer Schleswig-Holstein
Bismarckallee 8 – 12, 23795 Bad Segeberg

Thomas Rottschäfer
Telefon 04551 803 190
E-Mail presse@eksh.de



Marburger Bund
Landesverband Schleswig-Holstein
Esmarchstraße 2a, 23795 Bad Segeberg

Daniel Arp
Telefon 04551 2080
E-Mail info@marburger-bund-sh.de



Verband der Leitenden Krankenhausärzte Deutschlands e.V.
Landesverband Schleswig-Holstein
Lilienstraße 20 - 28, 24768 Rendsburg

Dr. med. Arthur Friedrich
Telefon 04331 200 4000
E-Mail arthur.friedrich@imland.de



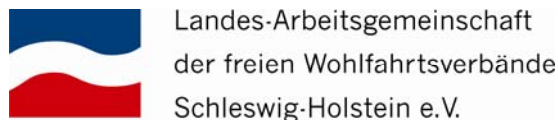
PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband
Schleswig-Holstein e.V.
Zum Brook 4, 24143 Kiel

Vorstand Günter Ernst-Basten
Telefon 0431 56 02 12
E-Mail vorstand@paritaet-sh.org



Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände
Schleswig-Holstein e.V.
Falckstraße 9, 24103 Kiel

Vorsitzender Günter Ernst-Basten
Telefon 0431 33 60 75
E-Mail lag.freie-wohlfahrt-sh@t-online.de



Sozialverband Deutschland e.V.
Landesverband Schleswig-Holstein
Muhliusstraße 87, 24103 Kiel

Christian Schultz
Telefon 0431 98 388 70
E-Mail christian.schultz@sovd-sh.de

